

HAUSHALT 2022/2023

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung ist eine negative Offenbarung für die Polizei!

Es sind massive Personalreduzierungen geplant, sodass man den Haushaltsentwurf des Kabinetts als eines der größten Personalkürzungsvorhaben für die Polizei in der 75-jährigen Geschichte des Landes bezeichnen kann. Das ist absolut inakzeptabel.

Dietmar Schilff

GdP-Landesvorsitzender



Am 11.07.2021 tagte das Landeskabinett in Hannover zum Entwurf der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2022/2023. Gemeinsam mit GEW, Verdi sowie dem DGB demonstrierte die GdP vor dem Sitzungsort für sachgerechte Beschlüsse. Ziel der Aktion war es, wichtige Zukunftsprojekte anstelle von Kürzungspolitik durchzusetzen. Ich habe den anwesenden Kabinettsmitgliedern und den Medien dargestellt, dass unsere Gesellschaft gerade massiv auseinanderdriftet und die Bildung, das Gemeinwohl, die öffentliche Daseinsvorsorge sowie die Innere Sicherheit gestärkt werden müssen. Andernfalls wären die Auswirkungen in den nächsten Jahren deutlich spürbar, zumal die extremen Ränder in der Politik das ihrige dafür tun, die Gesellschaft weiter zu spalten.

DGB und weitere Fachkreise haben errechnet, dass ausreichend Geld vorhanden ist und selten gab es so zinsgünstige Kredite wie jetzt. Die Kabinettsmitglieder Stephan Weil, Bernd Althusmann und Reinhold Hilbers erklärten, dass sie dies im Blick hätten und es beim Personal nicht zu großen Kürzungen kommen würde. Dennoch sei der Haushalt stark belastet und man müsse Schwerpunkte herausarbeiten.

Es ist anders gekommen, zumindest für den Polizeibereich und das ist mehr als enttäuschend. Trotz geringer Erwartungen ist es dramatisch, dass nun überhaupt kein Licht zu sehen ist. Offensichtlich hören verantwortliche Politiker/-innen nicht richtig zu, sehen andere Schwerpunkte und meinen, dass es ja irgendwie ganz gut laufe bei der Polizei und im Bereich der Inneren Sicherheit. Auf die offensichtlichen Probleme angesprochen werden Gewerkschafter/-innen von einigen aus der Politik als „Dauernörgler“ hingestellt, die Verbesserungen der letzten Jahre „kleinreden“, die überziehen und die wirkliche Lage verkennen. Ausdrücklich ausgenommen ist bei dieser Darstellung Innenminister Pistorius, der sich in den letzten Jahren und auch ganz aktuell für die Polizei stark engagiert.

Wir wissen, genau wie die Polizeibeschäftigten und auch die Führungsebene, dass die Situation bei der Polizei schwieriger ist, als es viele Politiker/-innen offensichtlich empfinden. Bei GdP-Veranstaltungen, wie zuletzt unserer Videokonferenz zum Haushalt (siehe Bericht Seite 2), stellen sie dies meist anders dar. So haben dort alle Anwesenden den hohen Stel-

lenwert der Polizei und deren Arbeit festgestellt. Man argumentiert, dass der Polizeihaushalt in den letzten 3 Jahren um 200 Millionen Euro gesteigert wurde, man aber noch nicht am Ende damit sei, die Polizei zu verbessern.

Im Gegenteil schreibt die Haushaltsklausur nun aber erhebliche Kürzungen bei der Polizei fest: Bis 2025 werden rund 850 Stellen gekürzt. Das betrifft alle P1'en und auch die Einstellungen an der PA! Die kw-Vermerke werden trotz vielfacher Zusagen nicht gestrichen. Damit lässt man den Bereich der Inneren Sicherheit und Innenminister Pistorius, der sich dafür stark gemacht hat, eiskalt abtropfen. Mit den Strategischen Organisationsverbesserungen bei den Flächendirektionen und beim LKA sieht es nun mau aus. Die einst von der CDU geforderten erheblichen und notwendigen Personalverstärkungen (bis zu 3000 Stellen stehen im Koalitionsvertrag von 2017) waren also nicht ernst gemeint. Die Innere Sicherheit wird geschwächt, es gibt keine Entlastungen für die Polizeibeschäftigten und auch sonst keine Perspektiven.

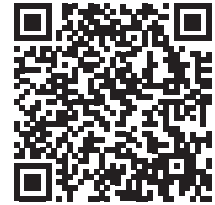
Der Haushaltsentwurf der Landesregierung ist inakzeptabel, zumindest für die Polizei. Als Haushaltsgesetzgeber kann der Landtag die geplanten massiven Einschnitte des Kabinetts rückgängig machen, was wir vehement fordern! Mit Blick auf die Landtagswahlen im Herbst 2022 wird die GdP die geplanten Verschlechterungen natürlich öffentlich thematisieren und wir gehen auch nicht davon aus, dass die Landtagsabgeordneten eine Schwächung der Polizeipräsenz in ihren Wahlkreisen mittragen werden.

Mitte September findet die 1. Beratung des Doppelhaushaltes im Landtag statt. Es bleibt also noch ein wenig Zeit für die Fraktionen, die Weichen für die Innere Sicherheit und für das Personal richtig zu stellen. Wir werden das sehr genau beobachten und begleiten. ■



Weitere Infos

sowie einen ausführlichen Bericht zur GdP-Haushaltsdebatte finden Sie auf gdpniedersachsen.de.



GdP-HAUSHALTSDEBATTE

kw-Vermerke müssen gestrichen werden

Zur Rolle der Polizei im Doppelhaushalt 2022/23 hatte die GdP am 30. Juni 2021 die innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Innenminister Pistorius, Vertreter des LPP, alle PPs, PVPs, AL 2 der Behörden sowie den GdP-Landesvorstand zu einer Online-Veranstaltung eingeladen; rund 50 Teilnehmende waren dabei.

Nach den Fachvorträgen aus dem LPP (M. Johst und T. Massinger) sowie von LPP Brockmann machte Innenminister Pistorius seine Position deutlich: Es sei in den letzten Jahren schon viel verbessert worden, es müsse aber weiter mehr in die Innere Sicherheit und in die Polizei investiert werden. Vor allem müssten die kw-Vermerke gestrichen werden, um die Aufgaben der Polizei weiter sachgerecht ausführen zu können. Hier forderte er alle Parteien dazu auf. Die Sprecher/-in der Fraktionen waren sich in ihren Statements einig, dass die Arbeit der Polizei stärker unterstützt werden müsse, thematisiert wurde aber auch der angespannte Haushalt. Dennoch waren sich alle Anwesenden einig, dass für die weitere Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit und für mehr Attraktivität des Berufes, stärker in die Personal- und Sachausgaben investiert werden müsse. Einigkeit bestand dann auch zwischen Innenminister, GdP und fraktionsübergreifend, dass die kw-Stellen gestrichen werden müssen, um die Funktionsfähigkeit der Polizei zu erhalten. Dietmar Schilff merkte in seinem „Schlussplädoyer“ an, dass die Beschäftigten der Polizei die Sicherheit garantieren und oftmals von Verletzungen an Psyche und Körper betroffen sind. Sie hätten mehr Wertschätzung und natürlich auch bessere Bezahlung verdient. Die GdP werde die Haushaltsberatungen genau verfolgen und begleiten. ■

Was sind kw-Vermerke?

Die Abkürzung „kw“ steht für künftig wegfallend. Im Rahmen der Vorratseinstellungen der vergangenen Jahre wurden Einstellungsmöglichkeiten geschaffen, die jedoch nur temporär zu einem Personalzuwachs führen. Insgesamt 530 Vollzugs- und 200 Verwaltungs-/Tarifstellen sind derzeit als „künftig wegfallend“ vermerkt. In den kommenden Jahren sollen weniger Anwärter/-innen eingestellt werden als Pensionierungen anstehen, sodass bis 2025 rund 20 bis 25 Stellen je Polizeiinspektion abgebaut würden.

Collage: Philipp Manike



Neben Innenminister Boris Pistorius (oben rechts) und Landespolizeipräsident Axel Brockmann (unten links) nahmen auch mehrere Landtagsabgeordnete der Parteien an der Debatte teil.



LESERBRIEF

Mangelnde Wertschätzung der Polizeidirektion und Polizeiinspektion wird durch Beschäftigte auf eigene Kosten ausgeglichen

Als Abonnent vom Stader Tageblatt nehme ich zu meiner großen Freude wahr, dass die Polizeiinspektionen Stade und Rotenburg ehemaligen Beschäftigten im Falle des Ablebens stets ihre öffentliche Würdigung und Anerkennung mittels einer Traueranzeige bekunden. Auch von der Polizeiinspektion Osnabrück ist mir dies bekannt.

Leider sind nicht alle Polizeidirektionen bzw. Polizeiinspektionen bereit, ihren ehemaligen Beschäftigten eine solche, im länd-

lichen Raum übliche Wertschätzung zu gewähren. Seitens der Bevölkerung wird die Frage gestellt, ob der Verstorbene unehrenhaft aus dem Dienst geschieden sei. In meinen Augen ist es für Polizeidirektionen und Polizeiinspektionen beschämend, wenn, um das Ansehen der Polizei und des Verstorbenen zu wahren, Beschäftigte des Polizeikommissariats/der Polizeistation für die Veröffentlichung einer Traueranzeige persönlich finanziell aufkommen.

Meine Hochachtung aber hier den Beschäftigten der Polizei Hemmoor, die eben dies tun. Die seitens der Behörde angebotene Kranz- oder Geldspende ersetzt die gebotene öffentliche Würdigung und Anerkennung nicht. Kranzspenden sind heute bei gewissen Formen der Bestattung nicht mehr angebracht und kaum billiger als eine Traueranzeige.

Erwin Jark,
Kreisgruppe Cuxhaven

POLIZEIVERWALTUNG

Der Blick über den „Tellerrand“

Carsten Schnelle aus Braunschweig vertritt seit 2019 die niedersächsischen Verwaltungsbeamtinnen und -beamten im GdP-Fachausschuss Polizeiverwaltung auf Bundesebene. Im Interview mit der DP erzählt der 58-jährige von seiner Motivation und notwendigen Veränderungen.

Ein Ausfluss der bundesweiten Vernetzung ist das Positionspapier Polizeiverwaltung der GdP, welches auf der letzten Sitzung des BFA Polizeiverwaltung in Form einer Videokonferenz am 5. März 2021 eine Fortschreibung erfahren hat. Dabei sind die Weiterentwicklung und Optimierung der Kommunikationsmöglichkeiten und des Wissensmanagements sowie die Personalgewinnung für die Polizeiverwaltung wichtige Punkte gewesen.

Gerade durch die Föderalismusreform gibt es in den Bundesländern unterschiedliche strukturelle Veränderungen. Erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt es unter anderem im Hinblick auf die Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitsplatzgestaltung (Telearbeit, Mobile Working, Homeoffice), im Hinblick auf die konsequente Durchführung von Dienstpostenbeschreibungen und -bewertungen sowie die Planstellenausstattung der Polizeibehörden.

DEUTSCHE POLIZEI: Welche Tätigkeit übst du in der Polizei aus und welche Aufgaben hast du bislang in der GdP wahrgenommen?

Carsten Schnelle: Seit 2004 versee ich meinen Dienst als Sachbearbeiter Justizariat im Rechtsdezernat der Polizeidirektion Braunschweig und bin dort vorrangig mit der Sachbearbeitung für die Behörde in gerichtlichen Verwaltungsstreitverfahren beschäftigt. In der GdP bin ich seit mehr als 30 Jahren organisiert und nahezu im gesamten Zeitraum als Mitglied im Vorstand der Kreisgruppe Braunschweig, im erweiterten Vorstand der Bezirksgruppe Braunschweig sowie im Fachausschuss Polizeiverwaltung auf Landesebene tätig.

Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede gibt es in Sachen Polizeiverwaltung zwischen den Ländern?

Schnelle: Der Blick über den sogenannten „Tellerrand“ ist auch im Bereich der Polizeiverwaltung von Bedeutung. So wird im Zuge eines Informationsaustausches auf den Sitzungen des BFA Polizeiverwaltung deutlich, welche Möglichkeiten in anderen Bundesländern bestehen und wie diese Möglichkeiten zum Wohle der Beschäftigten umgesetzt werden können. Das 1. GdP-Symposium zur Fortentwicklung der Polizeiverwaltung am 28./29. November 2019 in Potsdam hat hierzu einen wesentlichen Beitrag geleistet. In drei Arbeitsgruppen haben wir uns mit den Chancen und Risiken des E-Governments in der Polizei, der Nachwuchsgewinnung für die Polizeiverwaltung und der Personalbindung beschäftigt sowie Zukunftsperspektiven ausgelotet.

Für die GdP Niedersachsen im Fachausschuss Polizeiverwaltung auf Bundesebene:
Carsten Schnelle



Foto: privat

DP: Warum ist es deiner Meinung nach wichtig, sich bundesweit zu vernetzen?



DP: Die Polizeiverwaltung kommt in der Wahrnehmung und Priorität der Politik oft zu kurz. Was kann deiner Meinung nach dagegen unternommen werden?

Schnelle: Wir sind eine Polizei – die Beschäftigten in Verwaltung und Tarif verdienen ebenso große Wertschätzung wie der Vollzug. Es bedarf einer angemessenen Bezahlung sowie Sicherheit für die Zukunft. Ein Ausspielen der Beschäftigtengruppen gegeneinander ist inakzeptabel. Investitionen in Perspektiven für Verwaltung und Tarif sind eine Forderung der GdP Niedersachsen für den Haushalt 2022/2023. Die Polizeiverwaltung hat sich daher an der Wertschätzungskampagne „#100für100“ beteiligt.

Leider sind bis zum heutigen Tage die Ergebnisse der Landesprojektgruppe Verwaltung in der Schublade verschwunden. Diese Projektgruppe hat ermittelt, dass hohe Einsparungen im Bereich der Personalkosten durch die Verlagerung von Aufgaben, welche bisher vom Polizeivollzug wahrgenommen werden, an die Beschäftigten der Polizeiverwaltung erreicht werden könnten.

Ein vom Fachausschuss Polizeiverwaltung seit vielen Jahren gefordertes konsequentes Freisetzungsprogramm würde zu einer deutlichen Verbesserung der beruflichen Chancen und somit auch der Attraktivität der Polizeiverwaltung und der Nachwuchsgewinnung führen. Dienst-

postenbeschreibungen und bedarfsgerechte Dienstpostenbewertungen sind die Ausnahme und flächendeckend zu erstellen, um auch in der Polizeiverwaltung eine adäquate Planstellenausstattung und eine Besoldungsgerechtigkeit zu erreichen.

Der Fachausschuss Polizeiverwaltung wird sich auch weiterhin für die Verbesserung der Situation **aller** Verwaltungsbeamtinnen und -beamten einsetzen und auf dem nächsten Landesdelegiertentag der GdP Niedersachsen im kommenden Jahr entsprechende Anträge stellen, die nach Beratung und Verabschiedung der Politik präsentiert und deren Umsetzung eingefordert werden. ■

FACHKRÄFTEMANGEL IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Prognose und Handlungsstrategien

Noch immer wird der Fachkräftemangel als vorrangiges Problem in Industrie und Wirtschaft sowie im Gesundheitswesen gesehen. Wie notwendig insbesondere diese Daseinsvorsorge des Staates ist, hat sich gerade in der aktuellen pandemischen Lage gezeigt. Unterbesetzte Gesundheitsämter, überlastetes Personal in den Krankenhäusern. Diese Entwicklung in einer besonderen Zeit kann nicht überraschen!



Martina Wojna

Es war und ist den politisch Verantwortlichen bekannt, dass der Mangel an qualifiziertem Personal bereits heute schon auf andere Bereiche des öffentlichen Sektors übertragbar ist. So zeigen sich unter anderem bereits Engpässe bei der Nachwuchsgewinnung in der öffentlichen Verwaltung. Ein nicht zu unterschätzendes Problem hierbei ist die Konkurrenz der Behörden nicht nur unter den verschiedenen Bundesländern, in denen zum Beispiel die Beamtenbesoldung unterschiedlich hoch ausfällt.

Unterschiede zwischen TVöD und TV-L führen zu Konkurrenz

In Niedersachsen herrscht mittlerweile eine immer weiter verbreitete Konkurrenz zwischen Bund/Kommunen und Ländern. Die Aufspaltung des ehemals bundesweit gültigen Tarifvertrages (BAT) für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in unterschiedliche Tarifverträge für Bund und Kommunen in TVöD und für die Länder in TV-L führt zunehmend zu einer Konkur-

renzsituation. Der Bereich des TVöD lockt nicht nur mit höheren Grundvergütungen, sondern auch mit oftmals besseren Aufstiegschancen verbunden mit einem stufengleichen Aufstieg, der im TV-L nicht vorgesehen ist.

Das bedeutet, dass bei einer Höhergruppierung die bereits erreichte Erfahrungsstufe mitgenommen wird und sich die Höhergruppierung so finanziell wesentlich besser auswirkt. Bezüglich der Konkurrenz unter den Bundesländern bleibt zu bemerken, dass sich lediglich Niedersachsen bei Höhergruppierungen durch die sogenannte „81er-Vereinbarung“ beschränkt. Danach ist eine Eingruppierung ab der Entgeltgruppe 8 nur mit erfolgreichem Abschluss der Verwaltungsprüfung I und ab Entgeltgruppe 9b nach Abschluss der Verwaltungsprüfung II möglich. Nach der Entgeltordnung zum TV/L ist dies jedoch grundsätzlich bis Entgeltgruppe 12 nicht notwendig. Für Tarifbeschäftigte und auch Beamte des Landes Niedersachsen könnte somit ein Länderwechsel mit finanziellen Verbesserungen in nicht unerheblichem Umfang verbunden sein.

Der demografische Wandel kommt

Doch zurück zum Fachkräftemangel: Es ist unbestritten, dass wir an der Schwelle eines größeren demografischen Umbruchs stehen. Die sogenannten Babyboomer der 60er-Jahre werden in absehbarer Zeit in Rente beziehungs-



weise in den Ruhestand gehen. Man rechnet daher im öffentlichen Sektor bis 2030 mit einem Mangel von etwa 800.000 Fachkräften.

Um die Funktionsfähigkeit öffentlicher Leistungen langfristig zu gewährleisten, müssen sich die öffentlichen Arbeitgeber rechtzeitig und umfassend auf diese Entwicklung einstellen. In der öffentlichen Verwaltung rechnet man mit etwa 150.000 fehlenden Fachkräften. Dies wird die bereits bestehende Konkurrenz unter den öffentlichen Arbeitgebern weiter verschärfen. Wenn man unter diesen Aspekten die Entwicklungen der Polizeiverwaltung des Landes Niedersachsen betrachtet, treibt es der GdP-Tarifkommission des Landes die Sorgenfalten auf die Stirn.

In der gesamten Verwaltung der Polizei des Landes wurden in den vergangenen Jahren Einsparungen von eklatanter Größe vorgenommen. Abgesehen von den nicht vorhandenen Aufstiegs- bzw. Beförderungsmöglichkeiten der Verwaltungsbeamten/-innen wurden im Tarifbereich allein zur Finanzierung des Polizei-Clients 165 Vollzeiteinheiten aus dem Polizeihaushalt gestrichen. Seit Jah-

ren sind in diesem Bereich immer wieder massive Einschnitte vorgenommen worden, die sich mittlerweile kaum oder gar nicht mehr kompensieren lassen. Dies hat zur Folge, dass sich immer mehr – auch langfristig – Beschäftigte zu anderen Behörden umorientieren.

Beschäftigte brauchen Perspektiven

Im Hinblick auf den bereits beschriebenen Fachkräftemangel des öffentlichen Dienstes gleicht diese Entwicklung einer nahenden Katastrophe. Junge, gut ausgebildete Menschen wollen sich beruflich weiterentwickeln und benötigen dementsprechend Perspektiven. Ein Blick in die Jobbörse des Landes zeigt schon jetzt, dass andere Behörden mit attraktiven Angeboten locken. Dies bleibt auch den Beschäftigten der Polizeiverwaltung nicht verborgen. Im Tarifbereich der Polizei des Landes Niedersachsen müssen dringend Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung in allen Bereichen geschaffen

werden. Das starre System der Verwaltungslehrgänge muss verändert werden, hier könnten Module als Ergänzung zu bereits vorhandenen Ausbildungsberufen hilfreich sein. Auch eine Weiterführung des Freisetzungsprogramms mit gerechten Eingruppierungen wäre eine Möglichkeit, die beruflichen Perspektiven des Tarifpersonals zu verbessern.

Dies sind nur zwei Beispiele wie unbürokratisch das Tarifpersonal der Niedersächsischen Polizei aufgewertet werden könnte. Die gesamte Polizeiverwaltung muss dringend nicht nur finanziell aufgewertet werden, um langfristig gutes Personal zu halten und zu bekommen. In diesem Bereich wird eine für den Vollzugsbereich unerlässliche Arbeit von motivierten Mitarbeitenden geleistet.

Um dies auch in Zukunft mit qualifiziertem Personal gewährleisten zu können, muss sich im Bewusstsein aller Verantwortlichen manifestieren, dass Polizei nicht nur aus dem Polizeivollzug besteht. Eine gut aufgestellte und qualifizierte Verwaltung ist für den reibungslosen Ablauf der Dienstgeschäfte auch in Zukunft unerlässlich. ■

JUBILÄUM

75 Jahre LKA – die längste Zeit davon mit der GdP

In diesem Jahr wird das Landeskriminalamt Niedersachsen 75 Jahre alt. Somit dürfte es keine andere Polizeibehörde geben, die bereits so lange in „unveränderter“ Form existiert.

Andreas Nünemann

Stellv. Vorsitzender BG LKA



Zur Historie wird man vermutlich in vielen Artikeln nachlesen können, wie diese Behörde nach dem Krieg und unter britischer Besatzungsmacht gegründet und gerade einmal 25 bis 30 Personen stark zu einer Behörde mit ca. 1.200 Beschäftigten mit immer mehr unterschiedlichen Aufgaben gewachsen ist.

Seit ihrer Gründung 1949 ist die Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen im Landeskriminalamt vertreten und setzt sich für die Interessen aller Beschäftigten ein.

In keiner anderen Polizeibehörde ist der prozentuale Anteil der Tarifbeschäftigten (knapp 40 Prozent) so hoch wie im Landeskriminalamt Niedersachsen. Über Jahrzehnte war die GdP die einzige Polizeigewerkschaft, die die Interessen der Tarifbeschäftigten vertreten hat. In den 60er- und 70er-Jahren war teilweise auch die damalige ÖTV (jetzt in ver.di aufgegangen) im LKA aktiv.

Vor dem LKA-Dienstgebäude in der Schützenstraße wurde so manch eine Ta-

Anzeigen

Pensionär KOK sucht Polizei-Mützen, Ärmelabzeichen, Schulterstücke von Kollegen/ Sammler aus Nds., gegen Kostenerstattung, auch Vorkasse, Übersandt oder Abholung. Bitte alles anbieten.
Mail: seifert-h@gmx.net, TEL: 01719902104

POK aus Bremen sucht Tauschpartner aus Niedersachsen.

Kontakt:
andre.meins@polizei.bremen.de

Marianne Funke GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08 / 74 04 99 39
Fax 02 08 / 59 88 68



Weitere Infos

sowie eine längere Version des Artikels „Die GdP als gefragte Gesprächspartnerin“ finden Sie auf gdpniedersachsen.de.

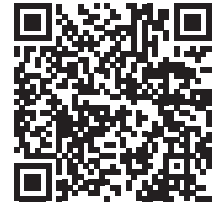


Foto: Andreas Nünemann

Hier wird seit Jahrzehnten über einen Neubau diskutiert: das Hauptgebäude des LKA am Waterlooplatz in Hannover.

erhöhung und -verbesserung erkämpft. Unterstützt wurden die Tarifbeschäftigten dabei vielfach von sich frei nehmenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Manche erinnern sich auch noch, wie der heutige Präsident des Verfassungsschut-

zes und damalige frische Landesvorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut, auch das LKA-Personal vor der Tür mit unterstützte.

Die Strategische Organisationsanpassung, die aktuell ins Haus steht, wird auch im LKA im 75. Jahr von allen Kolleginnen und Kollegen noch einige Umstellungen abfordern. Diesen neuen Herausforderungen, häufig im Fokus von Politik und Öffentlichkeit, stellen sich die Angehörigen des LKA, mitunter seit Jahrzehnten, verlässlich und hoch engagiert!

Viele GdP-Seniorinnen und -Senioren, die seit Jahrzehnten treu zur LKA-GdP-Bezirksgruppe stehen, müssen seit mehr als einem Jahr coronabedingt auf den monatlichen Austausch untereinander und mit den Aktiven im LKA verzichten. Zusätzlich muss

jetzt auch noch ein neuer Treffpunkt gesucht werden, da der bisherige, die Kantine der Schützenstraße, ausfällt. Zum Glück, muss man andererseits sagen, denn endlich wurde mit den Renovierungsarbeiten begonnen, die seit Jahrzehnten überfällig waren. Insgesamt werden nun fast 30 Millionen Euro für die erforderlichen Umbauten in der Schützenstraße in die Hand genommen.

Die GdP mahnt seit Jahren die Baufähigkeit der LKA-Liegenschaften an und seit mehr als 20 Jahren kündigt uns jede neue Landesregierung wieder einen längst überfälligen Neubau an. Ich hoffe inständig, dass nicht auch der amtierende LKA-Präsident erst nach seiner Pensionierung zur Einweihung des „neuen Landeskriminalamtes“ eingeladen wird. ■

IM GESPRÄCH MIT DER POLITIK

Die GdP als gefragte Gesprächspartnerin

Im Rahmen der anstehenden Kommunal- und Bundestagswahlen und mit Blick auf die Wertschätzungskampagne der GdP haben sich Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in ganz Niedersachsen wieder mit politischen Vertreterinnen und Vertretern ausgetauscht.

Philipp Mantke

So fand auf Einladung des hannoverschen SPD-Bundestagskandidaten Adis Ahmetovic am 22. Juni 2021 ein lockerer Austausch im Waterloo-Biergarten statt. Neben dem Landesvorsitzenden Dietmar Schilff nahmen auch GdP-Vertreter aus der PD Hannover, dem LKA sowie der ZPD teil. Die von den Gewerkschaftsmitgliedern angeprangerten erheblichen Unterschiede in der Besoldung verschiedener Bundesländer und die drohenden kw-Vermerke (siehe Seite 2) bewegten Ahmetovic ebenso wie die Schilderungen über marode Liegenschaften. Lars Barlsen schilderte eindrucksvoll, in welch schlechtem Zustand sich einige Dienstgebäude der PD Hannover befinden, und untermauerte die GdP-Forderung nach einem Investitionsprogramm für Liegenschaften.

Gespräch mit Braunschweiger OB-Kandidaten

Die Kolleginnen und Kollegen der BG Braunschweig trafen sich am 28. Juni 2021 mit Torsten Kornblum, dem SPD-Kandidaten für das Amt des Braunschweiger Oberbürgermeisters. Kornblum, der bis 2020 persönlicher Referent von Innenminister Boris Pistorius war, zeichnete sich bei dem Treffen durch sein Wissen im Bereich der Inneren Sicherheit aus.

Gespräche der BG Göttingen

Gleich drei Treffen führten die Kreisgruppen der BG Göttingen im Juni durch: Am 3. Juni

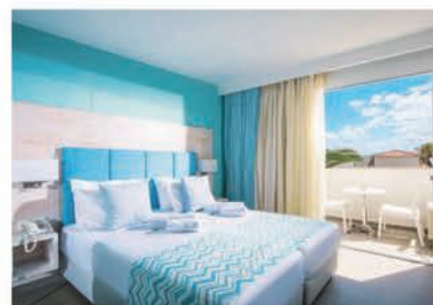


Foto: Tomasz Lipinski

Die gelockerten Corona-Maßnahmen erlaubten nach langer Zeit wieder einen persönlichen Austausch der GdP mit dem SPD-Bundestagskandidaten Adis Ahmetovic in Hannover.

2021 traf sich die KG Nienburg unter anderem mit dem Landtagsabgeordneten Helge Limburg (Bündnis 90/Die Grünen). Am 16. Juni trafen GdP-Mitglieder mit dem Bürgermeisterkandidaten Alexander Titze in Holzminden ebenfalls einen Grünenpolitiker. Bereits am 15. Juni 2021 hatte man sich zuvor unter anderem mit Vertretern der SPD ausgetauscht. ■

GdP - Touristik
Berckhusenstr. 133a
30625 Hannover
service@gdp-service.de
0511 530 380



Griechenland Kreta Missiria

- direkt am Sand/Kieselstrand
- Spa Bereich mit Sauna, Jacuzzi und Massagen
- WIFI
- tolle Entertainment Shows
- gepflegte Außenanlage
- Seaside Lounge Bar Restaurant

Odyssia Beach ****
7 Tage · Super Spazimmer
· Halbpension

p. P. ab **527€**

z. B. am 13.10.2021 ab Hamburg *

Diese und weitere Angebote erhaltet Ihr bei uns im Reisebüro!

* Alle Preise pro Person. Preisfehler und Zwischenverkauf vorbehalten.



Termin

Bildungsprogramm der Seniorengruppe startet wieder

Vom 18. bis 19. Oktober 2021 findet im Rahmen des GdP-Bildungsprogramms wieder ein Seminar der Seniorengruppe im Hotel Jeddinger Hof in Visselhövede statt. Neben einem gewerkschaftlichen Situationsbericht durch den Landesvorsitzenden Dietmar Schilff und aktuellen Informationen aus der Landesseniorenarbeit erwartet die Teilnehmenden ein Aktivprogramm, ein Vortrag über die Gewerkschaftsarbeit in der Weimarer Republik sowie ein Impuls durch Pastor und Polizeiseelsorger Axel Kullik.

Anmeldungen sind bis zum 31. August 2021 per E-Mail an gdp-niedersachsen@gdp.de möglich, alle weiteren Informationen finden sich auf unserer Webseite www.gdp-niedersachsen.de.



Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Unangekündigte Artikel können nicht immer in der nächsten Ausgabe untergebracht werden. Zuschriften für die übernächste Ausgabe 10/2021 können bis zum 31. August 2021 per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de übersandt werden. Vielen Dank.

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

ISSN 0170-6454

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de